

Nationalsozialismus und Kriegswirtschaft

1933–1945

Während der Zeit des Nationalsozialismus wird auch die Geschäftstätigkeit von Siemens von Aufrüstung und Kriegswirtschaft bestimmt. Vor allem infolge der Ausweitung des zunächst europäischen Konflikts zum Weltkrieg weicht die zivile Fertigung immer mehr der Produktion von Militärgütern. Hierbei kommt es auch zum Einsatz von Zwangsarbeitern. Siemens nimmt hierzu Stellung – wiederholt, verantwortungsvoll und deutlich.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 beginnt der Prozess der Einflussnahme des Regimes auf die deutsche Wirtschaft und ihre Unternehmen. Die Ökonomie – so die Vorstellung der neuen Machthaber – habe im Dienst eines starken Staates zu stehen und einzig dessen Interessen zu folgen. Dazu zählt in besonderem Maße die Wiederaufrüstung Deutschlands.

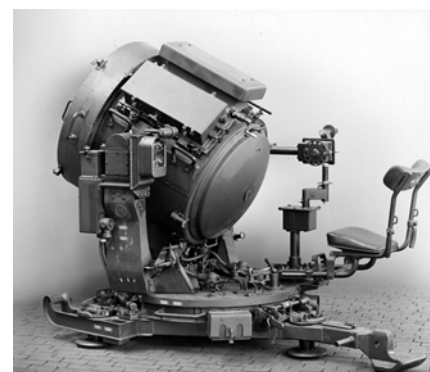
Rüstungskonjunktur sorgt für Wirtschaftswachstum – auch Siemens profitiert

Auch die Elektroindustrie ist dementsprechend früh in die Aufrüstungspläne der Nationalsozialisten eingebunden und profitiert in hohem Maß von der ab 1935 beginnenden Rüstungskonjunktur. Spätestens ab 1936, mit Umsetzung des Vierjahresplans zur Kriegsvorbereitung von Armee und Wirtschaft, setzt ein von öffentlichen Aufträgen befördertes Wirtschaftswachstum ein, das bis 1945 anhält. Siemens als führender Vertreter der deutschen Elektrobranche kann seine Umsätze zwischen 1934 und 1944 mehr als vervierfachen.



Handlungsspielräume nutzen – Rüstungsfertigung bleibt weitestgehend auf elektrotechnische Fabrikate beschränkt

Carl Friedrich von Siemens, der das Unternehmen zwischen 1933 und 1941 leitet, ist ein überzeugter Demokrat. Ihm ist die Nazi-Diktatur zuwider, gleichwohl hat er sich für das Wohl und den Erhalt des Unternehmens einzusetzen – eine politische Gratwanderung, die nach seinem Tod 1941 auch sein Neffe und Nachfolger Hermann von Siemens meistern muss. Trotz einer zunehmend durch staatliche Behörden reglementierten Wirtschaft bleibt den Unternehmen eine gewisse Bewegungsfreiheit, eigene Interessen zu verfolgen. Wie groß oder beschränkt die Handlungsspielräume im Einzelnen auch gewesen sein mögen, der Unternehmensleitung gelingt es, die Rüstungsfertigung weitestgehend auf elektrotechnische Fabrikate zu beschränken und eine Ausweitung der Produktion von betriebsfremdem Gerät zu unterbinden. Selbst während des Krieges werden nur eingeschränkt typische Kriegsgüter wie Waffen- und Munitionsteile produziert. Gleichwohl umfasst die Fertigung bei Siemens ab Ende 1943 größtenteils elektrotechnisches Gerät aus Wehrmachtsaufträgen.



Die Siemens-Schuckertwerke sind Teil der Rüstungsfertigung – mit elektrotechnischen Fabrikaten wie Flakscheinwerfern.

Teil unserer historischen Verantwortung – Siemens setzt Zwangsarbeiter ein

Nach 1941, in der Folge des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion, erreichen die Bemühungen der Nationalsozialisten, die Wirtschaft zu reglementieren und die Rüstungsproduktion auf ein Maximum zu steigern, ihren Höhepunkt. Kann die sprunghaft ansteigende Rüstungsproduktion in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre noch mit zusätzlich angeworbenen ausländischen Arbeitskräften aufgefangen werden, so wird in den Unternehmen ab 1940 der Einsatz von Zwangsarbeitern forciert. Diese sind vor allem Zwangsverpflichtete aus den besetzten Gebieten, Kriegsgefangene, Juden, Sinti und Roma und zuletzt auch Häftlinge aus Konzentrationslagern. Bei Siemens erreicht die Zahl der Zwangsarbeiter ab etwa 1942/43 mit circa 55.000 einen Anteil von fast 30 Prozent der Gesamtbelegschaft. Über den gesamten Zeitraum von 1940 bis 1945 sind mindestens 80.000 Zwangsarbeiter bei Siemens beschäftigt.



Historische Verantwortung: Siemens setzt zwischen 1940 und 1945 mindestens 80.000 Zwangsarbeiter ein.



Anerkennen, aufarbeiten und auftreten – Stellung zur eigenen Geschichte beziehen

Siemens bekennt sich zu seiner Geschichte. Dies gilt ausdrücklich auch für das Handeln des Unternehmens in der Zeit des Nationalsozialismus, wie Joe Kaeser anlässlich der Verleihung des Preises für Verständigung und Toleranz am 11. November 2017 im Jüdischen Museum Berlin deutlich zum Ausdruck brachte. Und er betonte: »Es geht mir darum, alles dafür zu tun, dass Unrecht sich nicht wiederholt, in Deutschland und weltweit. Das ist unsere Verpflichtung und unsere unmissverständliche Haltung.«

Dass Siemens in dieser Zeit, in der das Unternehmen in die Kriegswirtschaft des nationalsozialistischen Unrechtsregimes eingebunden war, Menschen gegen ihren Willen hat arbeiten lassen, bedauern die heutige Führungsspitze und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens zutiefst.

Auch in der Vergangenheit hat sich Siemens mit Beiträgen für die Jewish Claims Conference (1962), für den firmeneigenen »Humanitären Hilfsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter (HHZ)« (1998–2000) sowie für die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (2000) in Höhe von umgerechnet insgesamt rund 150 Mio. Euro zu seiner Verantwortung bekannt. Als Ausdruck dieser Verantwortung arbeitet das Unternehmen heute eng mit der Gedenkstätte Ravensbrück zusammen. So sind Siemens-Auszubildende jährlich im ehemaligen Konzentrationslager Ravensbrück, besuchen die Gedenkstätte, leben für eine Woche auf dem Gelände und diskutieren mit Historikern und Zeitzeugen.

Hieraus hat sich ein wichtiger Dialog entwickelt, der den jungen Menschen einen unmittelbaren Zugang zu dieser Zeit ermöglicht. Darüber hinaus fördern wir ausgewählte Projekte, die der Aufarbeitung und Dokumentation der damaligen Geschehnisse dienen. Diese Aktivitäten sind kleine, aber wichtige Beiträge dazu, dass unsere Geschichte auch in dieser schwierigen Zeit lebendig bleibt und verstanden wird als Mahnung für die Zukunft.

Weitere Informationen

[siemens.com/geschichte/1933-1945](https://www.siemens.com/geschichte/1933-1945)